

## NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	23.01.2001
von:	16.00 Uhr
bis:	19.15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

**Anwesend waren:**

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -  
Stv Eberlein, Klaus-Peter  
Stv Katz, Reinhilde  
AM Kesting, Stefan - bis 17.40 Uhr -  
Stv Kleine, Sancho-Antonio  
AM Leonhardt, Traugott  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Sintzen, Gerlinde

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese  
AM Löwenberg, Horst  
AM Max, Christian - bis 19.10 Uhr -

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim  
Stv Lauble, Wilhelm

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr  
Städt. VD Fischer  
AM Al-Omary, Falk  
AM Dr. Feische, Bärbel - bis 18.00 Uhr -

AM Gräbener, Klaus  
Stv Groß, Michael  
AM Gürke, Volker - bis 18.45 Uhr -  
AM Holdinghausen, Rolf - bis 18.15 Uhr -  
AM Pflaum, Helmut - für AM Ginsberg, Hans Peter -  
AM Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker ab 18.45 Uhr -  
Stv Tielsch, Ingrid

V. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 7 ö.T.:

Frau Alexandra Kruse - Siegener Zentrum für Kindheits-, Jugend- und Biografie-forschung - bis 16.45 Uhr -  
Frau Sabine Maschke - Siegener Zentrum für Kindheits-, Jugend- und Biografie-forschung - bis 16.45 Uhr -  
Frau Helena Scherger - Siegener Zentrum für Kindheits-, Jugend- und Biografie-forschung - bis 16.45 Uhr -

#### VI. Als Zuhörer:

AM Peter, Ute  
Stv Schiemer, Hansgeorg - ab 17.00 Uhr -  
AM Schiltz, Ingmar  
AM Schollmeyer, Wolfgang - bis 18.45 Uhr -

#### VII. Von der Verwaltung:

StAR Reisch  
VA Juchems-Voets  
VA Dr. Jung  
Stadtjugendpfleger Weber  
StOI Schöler - als Schriftführer -

#### Nicht anwesend war:

Stv Elter, Uwe  
AM Westerholt, Günter

#### Zur Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, den Teil des TOP's 7 ö.T., der die Kinder- und Jugendbefragung betrifft, vor TOP 5 zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffent-lichen Teil um den Punkt 2 einverstanden. Hierzu wird nach Herstellung der Nicht-öffentlichkeit die Vorlage 904/01 an die Mitglieder verteilt.

Der Ausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung zur Spende der Sitzungsgelder für den 05.12.2000 entschieden. Da keine anderen Vorschläge unterbreitet wurden, kommt diese Spende in Höhe von 870,00 DM dem Verein „Mütterzentrum e.V.“ zugute.

## **A ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet)**

Da Herr Elter nicht anwesend ist, wird Frau Katz zur Mitunterzeichnung der Nieder-schrift bestimmt.

10. JHA 23.01.2001

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 05.12.2000**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

10. JHA 23.01.2001

### **3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

10. JHA 23.01.2001

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

10. JHA 23.01.2001

**5. Beratung des Verwaltungsentwurfes von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2001 einschließlich des Investitionsprogrammes 2000 - 2004**

Herr Reisch weist eingangs auf die äußerst schwierige Haushaltslage hin. Bedingt durch die in verschiedenen Bereichen gestiegenen Ausgaben und die nicht ausreichend angewachsenen Einnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer sowie bei der Beteiligung an der Einkommensteuer kann der originäre Haushaltsausgleich in

2001 nicht hergestellt werden. Der originäre Fehlbetrag beläuft sich auf 7,098 Mio. DM und beträgt einschließlich des Fehlbetrages aus dem Haushaltsjahr 1999 von 38,824 Mio. DM insgesamt 45,922 Mio. DM. Zudem ist der Fehlbetrag aus 1998, veranschlagt im Haushaltsjahr 2000, noch abzudecken, so dass die Fehlbetragslast für die nachfolgenden Haushaltsjahre 80,275 Mio. DM beträgt.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung sollen zur Haushaltskonsolidierung - Abbau der Fehlbeträge bis zum Haushaltsjahr 2007 - jährlich Vermögenserlöse eingesetzt werden, die dem Verwaltungshaushalt aus dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Darüber hinaus sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Einnahmen zu verbessern und die Ausgaben insbesondere im freiwilligen Bereich nicht anwachsen zu lassen.

Der Vermögenshaushalt 2001 mit dem Investitionsvolumen der Einzelpläne 0 - 8 von 35,707 Mio. DM enthält überwiegend Fortsetzungsmaßnahmen und zwangsläufige Ersatzbeschaffungen. Einige wenige Ratsbeschlüssen entsprechenden neue Maßnahmen sind vorgesehen. Eine weitere Ausweitung des Investitionsvolumens würde die jetzt vorgesehene Kreditverschuldung von 7,666 Mio. DM erhöhen. Die Haushaltskonsolidierung erfordert keine zusätzliche Netto-Neuverschuldung, da die Zinsen und Tilgungen den Verwaltungshaushalt belasten. Insgesamt gesehen müssen weiter wie bisher Anstrengungen zur Haushaltsanierung unternommen werden.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze. Zu folgenden Positionen wurden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht:

**VERWALTUNGSHAUSHALT**

Eingangs weist Herr Schmidt darauf hin, dass ihm Schreiben des Vereins IFPAKE e.V., des Stadtjugendringes und der Kath. und Ev. Beratungsstelle vorliegen, wonach diese um höhere Zuschüsse bitten. Er bittet um Berücksichtigung bei den anstehenden Beratungen.

Herr Fischer weist auf einen Antrag des Kinderschutzbundes vom 22.12.2000 im Rahmen des neuen Landesjugendplanes hin, womit eine Projektförderung beantragt wird. Die Kosten des Projektes belaufen sich auf 3.750,00 DM. Weiterhin liegt ein nicht bezifferter Antrag der Ev. Arbeiterbewegung aus November 2000 zur Be-zuschussung eines Pilotprojektes „Street-Work“ vor. Beide Anträge sind im Haushalt nicht berücksichtigt.

Herr Löwenberg beantragt, zumindest die Mittel für das Projekt des Kinderschutzbundes aufzunehmen, da hier eine genaue Bezifferung möglich ist.

Herr Rujanski äußert, dass sich die SPD-Fraktion diesem Antrag *heute* noch nicht anschließen kann.

Herr Löwenberg zieht seinen Antrag zurück.

Da sich politisch keine Mehrheit für ein Kinder- und Jugendparlament abzeichnet, regt Herr Groß an, den Ansatz in Höhe von 3 TDM zu streichen.

Dem stimmt Herr Rujanski zu und setzt sich für eine Umschichtung der eingesparten Mittel zugunsten der HHSt. 1.460.6501.5 - Kurse, Arbeitsgemeinschaften - ein.

Die Herren Kleine und Schmidt sind der Auffassung, dass eine künftige Handlungs-möglichkeit offengelassen werden sollte und beantragen daher, die Haushaltsstelle lediglich umzubenennen in „Kinder- und Jugendbeteiligung“.

Herr Al-Omary bringt zum Ausdruck, dass der Ansatz nur dann beibehalten werden sollte, wenn ein konkretes Projekt geplant ist.

Frau Tielsch spricht sich dafür aus, den Ansatz grundsätzlich zu belassen.

**Beschluss (auf Antrag der Herren Kleine und Schmidt):**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die HHSt. 1.451.7179.2 - Kinder- und Jugendparlament - umzubenennen in „Kinder- und Jugendbeteiligung“. Der entsprechende Unterausschuss ist kurzfristig einzuladen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

---

**UA 451 - Jugendarbeit**

Herr Rujanski erinnert an den Beschluss unter TOP 4.1 ö.T. am 17.10.2000. Er beantragt, zur Abwicklung des Zuschusses an RABAUKI e.V. eine neue Haushaltsstelle einzurichten und diese mit einem Ansatz von 17.500,00 DM auszustatten.

Herr Reisch legt dar, dass nach dem Handlungsrahmen des Haushaltssicherungs-konzeptes zusätzliche freiwillige Ausgaben nicht einkalkulierbar sind.

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Rujanski):**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, zur Abwicklung des Zuschusses an RABAUKI e.V. eine eigene Haushaltsstelle im UA 451 einzurichten und diese im Haushaltsjahr 2001 mit einem Ansatz in Höhe von 17.500,00 DM zu versehen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**HHSt. 1.452.7617.9 - Maßnahmen der Jugendsozialarbeit / Jugendberufshilfe**

Herr Fischer weist darauf hin, dass im vergangenen Jahr das Projekt JuBA im Zusammenhang mit dem Bonifatiusheim gefördert wurde. Aufgrund des vorgegebenen Handlungsrahmens durch das Haushaltssicherungskonzept informiert er, dass das Projekt voraussichtlich zum Frühjahr 2001 eingestellt werden muss, da ein Zuschuss nicht mehr gewährt werden kann.

---

**HHSt. 1.455.7174.0 - Zuschuss zum Verein IFPAKE e.V.**

Im Sinne der Gleichbehandlung mit dem DRK beantragt Herr Löwenberg, den Ansatz gemäß der Veranschlagung zu HHSt. 1.455.7173.1 ebenfalls auf 37 TDM zu erhöhen.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass der Verein IFPAKE e.V. lediglich 35 TDM fordert.

Herr Fischer macht deutlich, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz trotz der unterschiedlichen Ansätze gewährleistet ist.

Herr Löwenberg zieht seinen Antrag zurück.

---

**HHSt. 1.455.4160.3 - Honorarkosten für nebenamtliche Kräfte**

**HHSt. 1.458.5620.5 - Aus- und Fortbildung des Personals****Beschluss (auf Antrag von Herrn Rujanski):**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, den Haushaltsansatz in Höhe von 5 TDM bei HHSt. 1.455.4160.3 einzusparen und zugunsten der HHSt. 1.458.5620.5 umzu-schichten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Rujanski):**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, den Haushaltsansatz bei HHSt. 1.458.5620.5 darüber hinaus um weitere 15 TDM auf neu 30 TDM aufzustocken.

**Beratungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen**

---

**UA 455 - Hilfe zur Erziehung****UA 456 - Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme**

Herr Rujanski macht darauf aufmerksam, dass die Zuschussbedarfe der beiden UA 455 und 456 in der Summe seit 1999 jährlich in erschreckender Höhe steigen. Hieraus lässt sich eine schockierende gesellschaftliche Entwicklung ableiten. Er beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, zu dieser Thematik eine Analyse zu erstellen, die die Ursachen der Entwicklung aufzeigt und Lösungsansätze aufzeigt.

Herr Dr. Rohr teilt mit, dass eine entsprechende Verwaltungsvorlage in Arbeit ist.

Herr Schmidt stellt sicher, dass diese Vorlage in der nächsten, spätestens in der übernächsten Sitzung beraten werden kann und erklärt damit den Antrag als erledigt.

---

**HHSt. 1.460.4100.0 - Persönliche Ausgaben SN A****HHSt. 1.460.4160.4 - Honorar für nebenamtliche Kräfte**

Herr Groß möchte wissen, wie die Schulsozialarbeit weiter finanziert werden soll.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass nach bisheriger Beschlusslage die Schulsozialarbeit finanziert über den SN A bis zum 31.07.2001 fortgesetzt wird. Ab 01.08.2001 ist ein neuer Beschluss im Rahmen der Stellenplanberatungen erforderlich.

Herr Dr. Jung macht deutlich, dass die Ausführungen von Herrn Dr. Rohr auf die *offenen* Angebote nicht zutreffen, da hier eine Finanzierung über den SN A nicht möglich ist. Sollte der Ansatz bei HHSt. 1.460.4160.4 auf Null bleiben, würden diese wegfallen.

Für die SPD-Fraktion fordert Herr Rujanski, die Personalkosten zur Fortführung der Schulsozialarbeit auf bisherigem Niveau im SN A auszuweisen und für die übrigen von Herrn Dr. Jung angesprochenen Honorarbereiche 30 TDM auf HHSt. 1.460.4160.4 bereitzustellen.

Diesen Ausführungen schließt sich Herr Löwenberg an.

Herr Groß ist der Ansicht, dass von einer Befristung der Stellen im Rahmen der Schulsozialarbeit nie die Rede war. Er informiert, dass sich der Schulausschuss auf seinen Antrag für den Erhalt der Schulsozialarbeit auf dem Niveau des Jahres 2000 ausgesprochen hat, dies sollte der Jugendhilfeausschuss unterstützen. Für künftige Haushaltsplanberatungen bittet er, den Ausschussmitgliedern einen Stellenplan bereits für die Fachausschussberatungen zur Verfügung zu stellen.

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):**

Der Ansatz der HHSt. 1.460.4160.4 wird um 30 TDM auf 30 TDM aufgestockt.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):**

Der Jugendhilfeausschuss spricht sich dafür aus, die Schulsozialarbeit über den 31.07.2001 hinaus auf dem Niveau des Jahres 2000 fortzusetzen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**HHSt. 1.460.7170.8 - Zuschüsse für TOT-Heime**

Herr Rujanski weist darauf hin, dass die Zuschusskürzungen des Landschaftsverbandes auf der korrespondierenden Einnahmehaushaltsstelle ausschließlich zu Lasten der öffentlichen Träger gehen.

---

**VERMÖGENSHAUSHALT**

Herr Groß bemängelt prinzipiell, dass bei sämtlichen Allgemeinhaushaltsstellen zu wenig Informationen über die spezifisch geplanten Maßnahmen gegeben werden.

---

**HHSt. 1.460.9870.3 - Zuschuss für den Bau von Jugendheimen**

Nach einem Agieren gemäß der Richtlinien ist der Haushaltsansatz von 50 TDM nicht ausreichend, so Herr Gürke.

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Gürke):**

Die Haushaltsreste aus dem Haushaltsjahr 2000 der HHSt. 1.460.9870.3 werden in voller Höhe in das Haushaltsjahr 2001 übertragen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Gürke):**

Bei HHSt. 1.460.9870.3 werden zusätzlich 64 TDM bereitgestellt.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

---

**INVESTITIONSPROGRAMM 2000 - 2004**

- keine Anmerkungen -

---

- ◆◆◆ Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2001 einschließlich des Investitionsprogrammes 2000 - 2004 mit den v. g. Änderungen zu beschließen.

10. JHA 23.01.2001

6. Nutzung des Gebäudes Feldstraße 28, Siegen-Weidenau, als multi-kulturelles stadtteilorientiertes Kultur-

## und Begegnungszentrum

Vorlagenr. 307/00 - Vorlage vom 06.03.2000 -

In der vergangenen Sitzung hat Herr Kleine darauf aufmerksam gemacht, dass es für das Gebäude Feldstraße 28 einen Kaufinteressenten gibt, der unter Umständen bereit ist, der Stadtteilkonferenz Weidenau für ihre Zwecke zwei bis drei Räume zur Verfügung zu stellen, so Herr Dr. Jung. Dieser Interessent hat in der Zwischenzeit von seinen damaligen Kaufabsichten Abstand genommen, nach neuesten Erkenntnissen gibt es jedoch einen weiteren Kaufinteressenten, der ebenfalls seine Bereitschaft signalisiert hat, der Stadtteilkonferenz u. U. Räume zur Verfügung zu stellen.

◆◆◆ Auf Vorschlag von Herrn Rujanski kommt der Ausschuss überein, eine Entscheidung erneut zu vertragen.

10. JHA 23.01.2001

### 7. Kinder- und Jugendeinrichtung „Bertramsplatz“; hier: Trägerverein und -vertrag

Vorlagenr. 919/01 - Vorlage vom 11.01.2001 -

Frau Kruse, Frau Maschke und Frau Scherger erläutern ausführlich den Teil der Vorlage, der sich mit der Kinder- und Jugendbeteiligung beschäftigt. Der Partizipationsgedanke hatte und hat einen großen Stellenwert. Insbesondere die Ergebnisse der durchgeführten Kinder- und Jugendbefragung werden ausführlich dargestellt. Anhand von Folien, die der Niederschrift in Kopie als Anlage beigefügt sind, werden die bisherigen und die noch bevorstehenden Schritte aufgezeigt. Die Jugendlichen wünschen im weiteren Verfahren ihre Mitwirkung sowohl in konzeptionellen Belangen als auch bei der Gestaltung des Treffs. Eine Kooperation zwischen der Stadt

Siegen und dem Stadtjugendring bietet gute Ansatzpunkte im Rahmen der Beteiligung Kinder und Jugendlicher. Zu weiteren echten Beteiligungsmöglichkeiten sind Gedanken erforderlich.

Herr Dr. Rohr erläutert eingehend die Verwaltungsvorlage. Da die Konstruktion der Trägerschaft noch viele offene Fragen birgt, schlägt er vor, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten. Nach einer Erörterung in den Fraktionen und einer 2. Lesung im Jugendhilfeausschuss wird die Beratungsfolge mit dem Haupt- und Finanz-ausschuss und abschließend dem Rat fortgesetzt.

Bezüglich des Personalgestellungsvertrages ist verwaltungsintern ein Beteiligungsverfahren mit dem Personalrat durchzuführen, welches eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen ist. Er bittet den Ausschuss, sich bezüglich der generellen Frage der Konstruktion des Betriebes der Einrichtung durch die Stadt Siegen und einem weiteren Träger zu positionieren.

Herr Groß fordert, die Jugendlichen soweit als möglich in weitere Überlegungen zum Konstrukt der Mitgliedschaft und der Vollversammlung einzubeziehen. Hierzu sind die Jugendlichen auf ihre Bereitschaft hin zu befragen. Bedenken hat er bei der Beteiligung von Vertretern der Politik / der Verwaltung aufgrund zu befürchtender Interessenkonflikte. Unabhängig von der Person sieht er hier insbesondere Probleme bei der Beteiligung des Vorsitzenden des Jugendhilfe-ausschusses und dessen Stellvertreter. Weitere Bedenken gegen die Grundsatzkonstruktion des Betriebes der Jugend-freizeiteinrichtung durch die Stadt und einen freien Träger äußert er nicht.

Herr Gürke bezeichnet es als großes Glück, dass der Stadtjugendring weitreichend bei den Planungsarbeiten einbezogen wurde. Besonders beeindruckt war er von der Bereitschaft vieler Beteiligten, auch mittel- und langfristig Verantwortung zu übernehmen und konsensbereit zu sein. Durch kompetentes und transparentes Handeln ist es bisher gelungen, der inhaltlichen Ausgestaltung und Konzeptionierung einen Vorrang zu geben. Nun muss ein Fundament in Form einer Vereinsgründung und Satzung geschaffen werden. Die Anregungen in der heutigen Beratung werden in weitere Überlegungen einbezogen. Da sich bei den Jugendlichen eine Erwartungshaltung aufgebaut hat, fordert er, zügig die Grundlagen für ein Weiterarbeiten zu schaffen und den zukunftsweisenden Weg konsequent weiter zu beschreiten.

Herrn Rujanski erscheint die vorgeschlagene Lösung als Zwischenlösung akzeptabel, als Endziel sollte jedoch das Betreiben in freier Trägerschaft stehen. Er kritisiert, dass außer einer eingesparten Stelle und eingesparter Miete weitere

Synergieeffekte aus der Zusammenlegung nicht entstanden sind. Grundsätzlich ist der Alkoholausschank in der Kinder- und Jugendeinrichtung zu überdenken. Im formal-rechtlichen Satzungsteil ist einiges deutlicher darzustellen.

Frau Tielsch bewertet die vorgeschlagene Konstruktion als gut. Bedenken gegen die Zusammensetzung von Mitgliedschaft und Vollversammlung hat sie nicht. Sie rät davon ab, den Alkoholausschank von vorneherein grundsätzlich abzulehnen.

Der vorgeschlagene Weg ist annehmbar, so auch Herr Löwenberg. Bezüglich der Beteiligung der Jugendlichen kann er sich Herrn Groß anschließen. Er schlägt vor, in die Vollversammlung weitere, in einer Hausversammlung zu wählende, vier Personen zu berufen.

Der Verein muss die Gemeinnützigkeit beantragen, um Drittmittel erschließen zu können, dies ist in der Satzung zu berücksichtigen. Insbesondere bezüglich eventueller „In-sich-Geschäfte“ zwischen Stadt und Verein ist auf mögliche Interessenkonflikte der Vorstandsmitglieder ein besonderes Augenmerk zu richten. In der Satzung sollte ergänzt werden, dass der Vorstand unentgeltlich handelt.

Nach Ansicht von Herrn Kleine ist die Einbindung gewählter Vertreter der Jugendlichen in den Beirat zu überdenken. Auch bei der Vollversammlung und der Mitgliedschaft sollten Jugendliche mit ein bis zwei Vertretern beteiligt werden. Gedanken dahingehend sind erforderlich, wie der Jugendhilfeausschuss mit einer Präsentation der konkreten Umsetzungsergebnisse in der Öffentlichkeit umgeht. Hierbei ist auch die Thematik Alkoholausschank gut abzuwägen.

Herr Dr. Jung unterbreitet den Vorschlag, dass die Verwaltung darauf hinwirken wird, dass sich Stadtjugendring, Jugendamt und Jugendliche kurzfristig zusammensetzen und klären, wie der konzeptionelle Teil zu präzisieren ist. Weiterhin wird die Verwaltung die aufgeworfenen Problemstellungen klären.

Bezüglich des Satzungsentwurfes informiert er, dass das Amtsgericht beteiligt wurde. Hierbei wurde auf ein Problem hingewiesen, das sich im vorgelegten Satzungsentwurf noch nicht wiederfindet, und zwar sind weitere Gedanken zu haftungsrechtlichen Konsequenzen für Vorstandsmitglieder erforderlich.

Eine rechtliche einwandfreie Regelung der Trägerschaft bezüglich Befangenheit ist zu erarbeiten. Inwieweit und in welcher Form die Jugendlichen hierbei beteiligt werden können, wird geprüft.

Nach Klärung sämtlicher Fragen wird unter Umständen ein Satzungsentwurf in modifizierter Form neu vorgelegt.

Die Haftungsfrage sieht Herr Leonhardt als nicht problematisch, da seines Erachtens der Verein haftet. Bezüglich der zu beantragenden Gemeinnützigkeit ist auch das Finanzamt einzubeziehen.

Herr Groß spricht sich dafür aus, dass die Haftungsprobleme geklärt werden und ein evtl. Gefahrenpotential satzungsmäßig soweit wie möglich abgemildert wird (evtl. über eine Vermögenshaftpflicht). Sämtliche Betroffenen sind über die Risiken zu informieren.

◆◆◆ Der Jugendhilfeausschuss folgt dem von der Verwaltung unterbreiteten Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise.

10. JHA 23.01.2001

**8. Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KJHG  
DRK Ortsverein Niederschelden e. V. - Jugendrotkreuz -**

Vorlagenr. 920/01 - Vorlage vom 20.12.2000 -

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt die Aufnahme des DRK Ortsvereins Niederschelden e. V. - Jugendrotkreuz - in das Anerkennungsregister der Stadt Siegen zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

10. JHA 23.01.2001

**9. Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG  
- Gesellschaft für Erziehungshilfe und Beratung mbH**



Vorlagenr. 921/01 - Vorlage vom 12.12.2000 -

Herr Groß merkt an , dass die Gesellschaft für Erziehungshilfe und Beratung mbH nicht als gemeinnützig anerkannt ist. Zur Beurteilung der Frage der Anerkennung dieser Gesellschaft als Träger der freien Jugendhilfe möchte er wissen, ob es vergleichbare Fälle gibt und wie die rechtliche Bewertung aussieht. Vor einem Beschluss fordert er die Vorlage des gesamten Gesellschaftervertrages, der dieser Vorlage nur auszugsweise beigelegt ist.

Herr Löwenberg schließt sich Herrn Groß an.

Herr Rujanski schlägt vor, die Beratung zu vertragen.

Herr Dr. Jung führt aus, dass ihm vergleichbare Fälle nicht bekannt sind. Er wird mit dem Landesjugendamt Kontakt aufnehmen, ob dort Erfahrungswerte vorliegen.

◆◆◆ Die Beratung wird vertragen.

10. JHA 23.01.2001

#### 10. Änderung der Richtlinien für Tagespflege gem. § 23 SGB VIII

Vorlagenr. 922/01 - Vorlage vom 04.01.2001 -

##### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Neufassung der Richtlinien der Stadt Siegen über die Gewährung wirtschaftlicher Jugendhilfe zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz -. Die Richtlinien treten zum 01. April 2001 in Kraft. Gleichzeitig werden die bestehenden Richtlinien vom 01. Juli 1995 außer Kraft gesetzt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. JHA 23.01.2001

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 5/4 Förderung von jungen  
Bearbeitet von:

Datum  
11.01.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	23.01.2001
Haupt- und Finanzausschuss	14.02.2001
Rat	28.02.2001

Betreff:

Kinder- und Jugendeinrichtung "Bertramsplatz";  
hier: Trägerverein und -vertrag

### Beschlußvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

die Beteiligung der Stadt Siegen an der Gründung eines Trägervereins mit dem Stadtjugendring Siegen e. V. und den Abschluss eines Trägervertrages laut Anlage zur Vorlage.

Die sich aus dem Trägervertrag ergebenden Konsequenzen (Personalgestellungsvertrag, Finanzierung der Sach- und Betriebskosten, Schließung der Kinder- und Jugendeinrichtung "Altenhof" mit Aufnahme des Betriebes am Standort "Bertramsplatz") bedürfen einer gesonderten Beschlussfassung.

Als Erstausrüstung für den Beginn des Betriebes wird als Obergrenze die Personal- und Sachkostenausstattung der städt. Kinder- und Jugendeinrichtungen "Haus der Jugend" und "Altenhof" mit Stand vom 31. Dezember 1999 zugrunde gelegt (Anlage B zur Vorlage).

Die Unterzeichnung des Trägervertrages erfolgt erst nach Abschluss sämtlicher in diesem Zusammenhang erforderlichen Beteiligungsverfahren gem. LPVG; dies gilt insbesondere für die vorgesehene Gestellung städt. Personals.

**Sachverhalt / Begründung:**

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 5/4 Förderung von jungen  
Bearbeitet von:

Datum  
11.01.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

23.01.2001

Betreff:

Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KJHG  
DRK Ortsverein Niederschelden e. V. - Jugendrotkreuz -

**Beschlußvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt die Aufnahme des DRK Ortsvereins Niederschelden e. V. - Jugendrotkreuz - in das Anerkennungsregister der Stadt Siegen zur Kenntnis.

**Sachverhalt / Begründung:**

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 5/4 Förderung von jungen  
Bearbeitet von:

Datum  
11.01.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

23.01.2001

Betreff:

Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG  
- Gesellschaft für Erziehungshilfe und Beratung mbH

**Beschlußvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, die Gesellschaft für Erziehungshilfe und Beratung mbH als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG anzuerkennen.

**Sachverhalt / Begründung:**

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 5/3 Soziale Dienste  
Bearbeitet von:

Datum  
11.01.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

23.01.2001

Betreff:

Änderung der Richtlinien für Tagespflege gem. § 23 SGB VIII

### Beschlußvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Neufassung der Richtlinien der Stadt Siegen über die Gewährung wirtschaftlicher Jugendhilfe zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz -. Die Richtlinien treten zum 01. April 2001 in Kraft. Gleichzeitig werden die bestehenden Richtlinien vom 01. Juli 1995 außer Kraft gesetzt.

### Sachverhalt / Begründung: